

Halbach, Axel J.

**Article**

## Südafrika, Namibia, Simbabwe 2001/02: Stabilität und Chaos liegen dicht beieinander

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Halbach, Axel J. (2002) : Südafrika, Namibia, Simbabwe 2001/02: Stabilität und Chaos liegen dicht beieinander, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 14, pp. 17-26

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163803>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Südafrika, Namibia, Simbabwe 2001/02: Stabilität und Chaos liegen dicht beieinander

Ende Juni fand im kleinen kanadischen Bergdorf Kananaskis in den Rocky Mountains der G-8-Wirtschaftsgipfel der weltweit führenden Industrienationen statt. Ein ganzer Tag war auf diesem Treffen der von Afrika selbst eingebrachten Entwicklungsinitiative für den Kontinent Nepad (New Partnership for Africa's Development) gewidmet. Zu den Voraussetzungen, um Nepad zu mehr als nur zu einer Absichtserklärung werden zu lassen, gehören als wichtigste die Demokratisierung des Kontinents und verantwortungsvolle, dem Wohl ihres Landes verpflichtete Regierungen. Hiervon ist Afrika als Ganzes noch weit entfernt. Der Süden des Kontinents kann in mancher Hinsicht als ein Spiegelbild der Hoffnungen, Probleme und Nöte des gesamten Kontinents gelten. Südafrika ist das positive Beispiel, wie ein Land trotz einer besonders schweren historischen Hypothek die Kraft finden kann, die Lösung seiner Probleme mit rechtsstaatlichen Mitteln und einer vernünftigen Wirtschaftspolitik anzugehen. Namibia – ein von seiner Bevölkerung und Wirtschaftskraft her gesehen kleines Land – erlangte als letztes auf dem Kontinent seine Selbständigkeit und zog deshalb weltweit besondere Aufmerksamkeit auf sich. Konnte die politische Führung ihre Versprechen einlösen? Und schließlich welche Signale gehen heute von Simbabwe aus, das einst als afrikanisches Musterland gelobt wurde, heute aber ein eindrucksvolles Beispiel von Rechtlosigkeit, Anarchie und Chaos auf dem Kontinent ist? Der nachfolgende Beitrag ist den aktuellen Entwicklungen in diesen drei Staaten gewidmet.

## Südafrika – ein zuverlässiger Partner

### Die Democratic Alliance zerbricht – wirtschaftspolitische Richtungskämpfe

Nach der politischen Wende am Kap im Jahr 1994 sah man die große Gefahr eines übermächtigen ANC ohne wirksame Kontrollmöglichkeiten durch eine ernst zu nehmende Opposition. Der von Anbeginn klare Trend zum de facto Einparteiensstaat verstärkte sich noch, als es dem ANC gelang, die Zulu-Partei IFP (Inkatha Freedom Party) unter ihrem Chef Buthelezi in die Regierung einzubinden, während gleichzeitig die National Party aus der Apartheitszeit zunehmend an Rückhalt verlor. Der Zusammenschluss der inzwischen in New National Party (NNP) umbenannten ehemaligen Apartheidspartei mit der Democratic Party (DP) im September 2000 zur neuen Democratic Alliance (DA) sollte deshalb die Grundlage für den Aufbau einer neuen und schlagkräftigen Opposition bilden. Umso überraschender und für die meisten Beobachter völlig unerwartet kam deshalb im Oktober 2001 das Auseinanderbrechen der erst vor gut einem Jahr gegründeten DA. Der Zu-

sammenschluss der liberalen DP mit der autoritären Apartheid-Nachfolgepartei NNP war zwar von einigen schon frühzeitig als eine zum Scheitern verurteilte Zwangsehe bezeichnet worden – dennoch war dieses Zusammengehen die einzige Möglichkeit, auf der politischen Bühne ein gewisses Gegengewicht zum ANC zu schaffen. Der Rückzug der NNP aus der DA war aber nicht die einzige Überraschung, denn NNP-Chef van Schalkwyk kündigte an, in der Kapprovinz eine Koalition mit dem ANC bilden zu wollen (die inzwischen Realität ist) und auch auf nationaler Ebene künftig mit dem ANC zusammenzuarbeiten. Unmittelbare Folge dieser drastisch veränderten parteipolitischen Konstellation im Land war, dass der ANC jetzt auch in der einzigen Provinz Südafrikas, in der er bisher nicht die Regierung stellte, an die Macht gekommen ist.

Die zwischen dem ANC und der NNP vereinbarte langfristige Zusammenarbeit auf allen politischen Ebenen, die über die nächsten Wahlen im Jahr 2004 hinaus Gültigkeit haben soll, belebt in gewissem Sinn die Idee einer »Regierung der nationalen Einheit« wieder, wie sie in der Anfangsphase nach 1994 Realität war. Andererseits sieht sich die liberale DP, die

derzeit praktisch mit der DA identisch ist, politisch immer mehr an den Rand gedrängt, obwohl gerade sie während der Apartheids-Ära als Opposition für die Belange der Schwarzen eingetreten war. Seit Ende Juni hat es zudem eine vom ANC in die Wege geleitete Gesetzesänderung möglich gemacht, dass gewählte Abgeordnete auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ihre Partei wechseln können, ohne dabei ihren Sitz zu verlieren. Die DA/DP befürchtet jetzt, in manchen Stadträten – vor allem auch in Kapstadt – ihren Einfluss zu verlieren, wenn sich ein Teil ihrer Gemeinderäte der NNP anschließt. Der Trend zum de facto Einparteiensstaat, den man mit einer starken DA-Opposition zu schwächen hoffte, verstärkt sich damit weiter.

Trotz dieser Machtverhältnisse ist jedoch unbestritten, dass sich Präsident Mbeki und seine Regierung der Demokratie verpflichtet haben und unbeirrt den Weg marktwirtschaftlicher Konsolidierung fortsetzen, was immer wieder zu wirtschaftspolitischen Kontroversen und Richtungskämpfen zwischen ihr und ihren Allianzpartnern – dem Gewerkschaftsdachverband Cosatu und der Kommunistischen Partei SACP – führt. Vordergründig geht es dabei vor allem um die von der Regierung verfolgte Privatisierungspolitik. Allein im gerade abgelaufenen Fiskaljahr 2001/02 waren im Haushalt Privatisierungserlöse von 18 Mrd. Rand eingeplant, die dringend zur Verbesserung des Lebensstandards der schwarzen Bevölkerung, für den Ausbau der Infrastruktur sowie zum Abbau der Staatsverschuldung benötigt wurden. Obwohl Cosatu und SACP ein sofortiges Ende der Privatisierung fordern – vor allem aufgrund der damit verbundenen Arbeitsplatzverluste –, hält die Regierung unbeirrt an ihrer bisherigen Politik fest. Letztlich geht es bei dieser immer wieder aufbrechenden Auseinandersetzung um die Frage, ob das neue Südafrika an der Marktwirtschaft festhalten oder verstärkt eine sozialistische Politik verfolgen soll. Präsident Mbeki warf Cosatu in diesem Zusammenhang mit ungewöhnlich scharfen Worten vor, dogmatisch am Konzept des Staatsdirigismus festzuhalten, obwohl dieses überall in der Welt gescheitert sei.

### **Kehrtwende in der Aidspolitik**

Seine jährliche Rede zur Lage der Nation im Februar anlässlich der Parlamentseröffnung in Kapstadt hatte Präsident Mbeki in diesem Jahr schwerpunktmäßig der Armut im Land und ihrer Bekämpfung gewidmet. Dabei gab er erneut seiner viel kritisierten Meinung Ausdruck, dass der Kampf gegen HIV/Aids nicht von dem gegen Armut und Unterentwicklung getrennt werden kann und dass im Mittelpunkt der Regierungsarbeit deshalb weiterhin vor allem Aufklärung und Präventivmaßnahmen stehen sollten.

Aids ist in Südafrika inzwischen (wie auch in den angrenzenden Ländern des südlichen Afrikas) zur Todesursache

Nr. 1 geworden. Ein Blick in die mögliche Zukunft ist für die Kaprepublik mehr als beängstigend: In der Altersgruppe der 15- bis 49-Jährigen ist die Seuche schon heute für die Hälfte aller Todesfälle verantwortlich. Die Zahl der Aids-Waisen wird bis zum Jahr 2010 auf über 2 Mill. ansteigen, und wenn nicht umgehend einschneidende und erfolgreiche Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit ergriffen werden, werden Lebenserwartung und Wirtschaftsleistung in einem bislang nicht für möglich gehaltenen Maße zurückgehen. Finanzminister Trevor Manuel hält eine Verdoppelung des Gesundheitsetats von derzeit 4,1 auf 8,9% der Staatsausgaben für notwendig, um den spezifischen Anforderungen von Aids genügen zu können.

Trotz dieser unbestreitbaren Tatsache ließ es die Regierung in Pretoria bis vor kurzem offiziell an gezielten Maßnahmen zur Aids-Bekämpfung fehlen. Eine Wende in dieser für alle Welt unverständlichen Haltung leitete erst ein von der NRO Treatment Action Campaign (TAC) gegen die Regierung in Pretoria eingeleiteter Prozess ein, bei dem es vordergründig zunächst nur um die Verabreichung des Medikaments Nevirapine an schwangere Frauen in staatlichen Krankenhäusern ging (das Medikament verringert das Risiko einer Übertragung des HI-Virus auf das ungeborene Kind um 50%; in Südafrika werden jedes Jahr 70 000 Kinder mit dem Aids-Virus geboren). Die Klage der NRO hatte Erfolg. Das Gericht in Pretoria gab den Klägern Recht, und das Oberste Verfassungsgericht wies die daraufhin von der Regierung gegen dieses Urteil eingelegte Berufung ab. Damit wurde das Urteil rechtskräftig, und das südafrikanische Kabinett setzte erstmals im März 2002 deutliche Zeichen für eine Kehrtwende in seiner bisherigen Aids-Politik. Zunächst soll zumindest Vergewaltigungsoffern (etwa 1 Million im Jahr!) eine Behandlung mit Aids-Medikamenten ermöglicht werden. Desgleichen ist man bereit, ein Programm zum Einsatz der Medikamente in den staatlichen Krankenhäusern vorzubereiten.

Wirtschaftlich ist Aids inzwischen zum wichtigsten negativen Standortfaktor am Kap geworden, zumal sich im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung vor allem bei Gewaltverbrechen endlich erste Erfolge abzeichnen, auch wenn die absolute Zahl der Straftaten nach wie vor hoch ist. Angesichts bislang fehlender nationaler Programme sind ausländische wie einheimische Großunternehmen schon seit längerem dazu übergegangen, die Epidemie in Eigeninitiative über Aufklärungsprogramme und medizinische Behandlung zu bekämpfen.

### **Trotz weltweiter Konjunkturschwäche: Positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung**

Südafrikas Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen erreichte 2001 975 Mrd. Rand; dies entspricht rund 113 Mrd. US-\$. Mit einem Wirtschaftswachstum von 2,2% im vergange-

**Tab. 1**  
Veränderungsraten wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennziffern  
– in % – (Basis: konstante Preise von 1995)

Gegenstand	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt	2,6	0,8	2,1	3,4	2,2
Inlandsnachfrage	2,6	0,5	0,0	2,9	1,8
Privater Verbrauch	3,3	1,4	1,4	3,3	2,8
Staatsverbrauch	4,5	- 0,5	- 0,7	0,5	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	5,7	5,0	- 7,8	0,3	3,3
Exporte (Güter und Dienstleistungen)	5,5	2,5	1,4	8,3	2,4
Importe (Güter und Dienstleistungen)	5,4	1,5	- 7,5	7,2	0,4
Bergbauproduktion (ohne Gold)	4,0	2,2	- 1,1	0,8	1,5
Golderzeugung	- 0,5	- 6,0	- 2,9	- 4,6	- 6,8
Industrieproduktion	2,8	- 3,1	0,3	4,5	3,4
Konsumentenpreise	8,6	7,1	6,9	7,8	6,6
Arbeitsproduktivität	4,5	4,9	4,2	6,1	4,4 <sup>a)</sup>
Beschäftigung <sup>b)</sup>	- 1,7	- 3,5	- 1,9	- 2,7	- 1,8 <sup>a)</sup>

<sup>a)</sup> September 2001. – <sup>b)</sup> Formaler Sektor außerhalb der Landwirtschaft.

Quelle: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, March 2002.

nen Jahr (nach 3,4% im Jahr 2000) bewies Südafrika eine beachtliche Widerstandsfähigkeit den negativen weltwirtschaftlichen Einflüssen gegenüber, die die noch immer zu einem guten Teil auf den Export von Rohstoffen angewiesene Wirtschaft in früheren Jahren wesentlich stärker beeinflussten. Am deutlichsten nahm in 2001 mit 3% die Produktion der verarbeitenden Industrie zu, während die Landwirtschaft aufgrund ungünstiger Witterungsverhältnisse um den gleichen Prozentsatz schrumpfte. Die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Südafrikas ist allerdings nicht nur auf die erfolgreichen Modernisierungs- und Rationalisierungsbemühungen der Wirtschaft in den vergangenen Jahren zurückzuführen, sondern auch auf die erhebliche reale Abwertung des Rand seit 1996. Im industriellen Sektor haben insbesondere die chemische Industrie, Grundmetalle und Transportausrüstung in erheblichem Maße von dieser Abwertung profitiert. Von 1990 bis 2000 hat der Export der Kaprepublik von 9 auf 20% des BIP zugenommen und damit die ursprünglich starke Abhängigkeit des Landes von Bergbau und Landwirtschaft spürbar verringert. Die Warenexporte nahmen im Jahr 2001 wertmäßig um 20,3%, vom Volumen her jedoch nur um 1,5% zu. Die Importe gingen demgegenüber im Volumen um 1,5% zurück bei einem Wertanstieg von 16%. Für diese erhebliche Differenz zeichnet die drastische Abwertung des Rand im vergangenen Jahr (s.u.) verantwortlich. Leicht verbessert haben sich die Terms of Trade. Aufgrund der günstigen Entwicklung des Außenhandels entsprachen die Währungsreserven (inkl. Gold)

Ende Dezember 2001 mit 12,4 Mrd. US-\$ einer sehr beruhigenden Importdeckung von 24 Wochen. Die Leistungsbilanz schloss 2001 mit einem Minus von nur noch 1,7 Mrd. R (nach - 3,7 im Vorjahr).

Der Absturz des Rand gegenüber dem US-\$ um fast 40% im vergangenen Jahr hatte Spekulationen um eine »Konspiration gegen den Rand« genährt und zur Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Klärung der für diesen Kursverlust verantwortlichen Gründe geführt. Die Untersuchungskommission konnte die »Verschwörungstheorie« jedoch nicht bestätigen. Ihr Ergebnis war vielmehr, dass die Zentralbank selbst – nebst einer unglücklichen Kombination weiterer Faktoren – die Unsicherheit auf dem Devisenmarkt hervorgerufen hatte, und zwar durch ihre Ankündigung, in Zukunft strikter als bisher auf die Einhaltung der zuletzt nachlässiger behandelten Devisenkontrollmaßnahmen achten zu wollen. Die noch immer gel-

tenden Kapalexportkontrollen sind im Land sehr umstritten. Die Banken verlangen einstimmig eine vollständige Abschaffung der Devisenbeschränkungen, wobei nur Meinungsunterschiede hinsichtlich einer graduellen oder abrupten Abschaffung bestehen. Einhellige Meinung ist, dass ein freier Devisenmarkt die Attraktivität Südafrikas als Anlageland erhöhen und – nach einem nur kurzfristigen Einbruch – zu einem stärkeren Netto-Kapitalzufluss als bisher führen würde. Dies wiederum hätte dann auch positive Auswirkungen auf den Rand-Kurs.

Tatsächlich ist der Rand zurzeit (Mai/Juni) auf gutem Weg, zumindest einen Teil seiner vorjährigen Verluste wieder wett zu machen. Im vergangenen Dezember auf ein Allzeit-Tief

**Tab. 2**  
Entwicklung des Außenhandels  
(Mrd. Rand)

Gegenstand	1997	1998	1999	2000	2001
Wareneinfuhr (fob) <sup>a)</sup>	133,1	150,7	150,0	189,8	219,9
Warenausfuhr (fob) <sup>a)</sup>	118,0	135,2	150,6	193,2	232,5
Saldo des Warenhandels	- 15,1	- 15,5	0,6	3,4	12,6
Wert der Goldausfuhr <sup>b)</sup>	25,8	25,9	24,3	26,8	29,4
Warenhandelssaldo inkl. Gold	+ 10,7	+ 10,4	+ 24,9	30,2	42,0
Terms of Trade 1995 = 100					
Inkl. Gold	100,2	99,3	96,5	94,6	95,5
Exkl. Gold	100,5	99,7	97,4	95,4	96,1

<sup>a)</sup> Daten der Zollstatistik, angepasst an Erfordernisse der Zahlungsbilanz. – <sup>b)</sup> Netto-Goldverkäufe einschl. Bestandsveränderung bei der Zentralbank und anderen Finanzinstitutionen.

Quelle: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, March 2002.

**Tab. 3**  
Zahlungsverkehr mit dem Rest der Welt  
(Mrd. Rand)

Gegenstand	1997	1998	1999	2000	2001
Exporte von Gütern und Dienstleistungen	174,4	197,4	215,5	269,7	320,2
Importe von Gütern und Dienstleistungen	181,5	206,2	213,7	266,9	315,6
Transferzahlungen netto	- 3,3	- 4,1	- 5,7	- 6,4	- 6,3
Leistungsbilanzsaldo	- 10,4	- 12,9	- 3,9	- 3,6	- 1,7
Netto-Kapitalzustrom aus dem Rest der Welt	22,2	9,2	30,2	9,1	7,1

Quelle: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, March 2002.

von 13,50 R je US-\$ gefallen, hatte er sich bis Anfang Juni 2002 wieder auf 9,78 R je US-\$ erholt. Für diese positive Entwicklung wird nicht nur die derzeitige Dollarschwäche, sondern auch die beginnende weltweite Konjunkturerholung und der wachsende Außenhandelsüberschuss Südafrikas verantwortlich gemacht.

Die **Inflation** lag im vergangenen Jahr im Durchschnitt bei 6,6% und blieb damit fast innerhalb der von der Zentralbank angestrebten Bandbreite von 3 bis 6%. Aufgrund des Wertverfalls des Rand ist jedoch im laufenden Jahr mit einer wesentlich höheren Teuerungsrate zu rechnen, die auch 2003 noch wirksam sein wird. Saisonbereinigt stieg die Geldentwertung von 6,8% im 4. Quartal 2001 auf 11,6% im 1. Quartal 2002. Bis einschließlich Juni reagierte die Zentralbank mit drei aufeinander folgenden Erhöhungen des Leitzinses, der zur Jahresmitte 12,5% erreichte. Weitere Zinserhöhungen in der zweiten Jahreshälfte werden nicht ausgeschlossen. Auf das ganze Jahr umgelegt lag die Teuerungsrate im Mai 2002 bereits bei 9,2%; noch wesentlich stärker zogen die Produzentenpreise an.

Erneut rückläufig war in 2001 die **Beschäftigung** in den modernen Sektoren der Wirtschaft außerhalb der Landwirtschaft – eine Folge des seit Jahren über dem Wirtschafts-

wachstum liegenden Anstiegs der Arbeitsproduktivität. In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres ging die Beschäftigung im privaten Sektor insgesamt um 1,8% zurück. Besonders ausgeprägt war dieser Rückgang im Goldbergbau (- 6,1%) und in der verarbeitenden Industrie (- 2,9%). Enttäuschend niedrig blieb mit nur rund 15% weiterhin die **nationale Sparquote**.

Besonders positiv sind nach wie vor die soliden **Staatsfinanzen** zu sehen. Das Budget 2002/03 sieht bei Einnahmen von 265 Mrd. R und Ausgaben von 288 Mrd. R ein Haushaltsdefizit von nur 2,1% des BIP vor. Es könnte real sogar noch darunter liegen, denn

in den letzten Jahren haben immer wieder nicht budgetierte Mehreinnahmen zu einer Verringerung des ursprünglich veranschlagten Fehlbetrags geführt (so lag z.B. das Defizit im abgelaufenen Haushaltsjahr statt der veranschlagten 2,5 nur bei 1,4%). Auch die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2004/05 sieht Budgetdefizite von jeweils weniger als 2% vor. Bei den Staatsausgaben steht die Armutsbekämpfung im Vordergrund, und auch der Kampf zur Eindämmung der Kriminalität erhält durch 16 000 neue Stellen für Polizisten, neue Gefängnisse und mehr Mittel für die Gerichte einen deutlich höheren Stellenwert als im Vorjahr.

Die unverändert gesunde Fiskalpolitik ist nicht nur Voraussetzung, sondern auch der Garant für ein nachhaltiges langfristiges Wirtschaftswachstum. Die **Auslandsverschuldung** des Staates konnte in den letzten Jahren signifikant gesenkt werden. Durch Schuldentrückzahlung ermäßigte sich die jährliche Zinslast des Staates auf 15,7% der budgetierten Ausgaben oder 4,4% des BIP; vor drei Jahren lagen diese Werte noch bei 20 bzw. 6%. Der von Finanzminister Trevor Manuel in den vergangenen fünf Jahren konsequent verfolgte Konsolidierungsprozess hat der Regierung damit neuen Spielraum zur Armutsbekämpfung, Umverteilung und infrastrukturellen Entwicklung gegeben, während gleichzeitig Steuererleichterungen und andere fiskalische Anreize der Ermutigung privater Investitionen dienen.

**Tab. 4**  
Wichtige Kennziffern  
– in % des BIP –

Gegenstand	1997	1998	1999	2000	2001
Außenhandel	44,2	46,8	45,6	51,4	55,0
Haushaltsdefizit des Staates <sup>a)</sup>	4,5	2,9	2,6	2,1	1,8
Staatsverschuldung insges. <sup>a)</sup>	48,5	49,6	49,6	47,1	44,9
Auslandsverschuldung des Staates	1,8	2,2	2,2	3,2	3,6
Bruttoanlageinvestitionen	16,5	17,0	15,5	14,9	14,8
Bruttosparquote	15,1	14,9	15,4	15,5	15,2

<sup>a)</sup> Jeweils per 31.12.

Quelle: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, March 2002.

## Ein Blick in die Zukunft

Trotz der sich weltweit erst allmählich wieder abzeichnenden konjunkturellen Erholung erwartet Südafrika für 2002 noch ein BIP-Wachstum von etwa 3%. Wachstumsmotor bleibt der Export. Positive Entwicklungen verzeichnet auch der **Gold- und Diamantenmarkt**. Südafrikas Goldproduktion war im Jahr 2001 mit nur noch 394 t auf den niedrigsten Stand seit 1953 gefallen. Die Kaprepublik ist damit zwar immer noch der welt-

weit bedeutendste Goldproduzent, doch haben die Minenhäuser des Landes in den vergangenen Jahren trotz erfolgreicher Rationalisierungsmaßnahmen aufgrund des stark gefallenen Goldpreises viele unrentable Schächte stilllegen müssen. Parallel zu den weltweit fallenden Aktienkursen ist Gold jedoch seit einigen Monaten wieder zu einem stärker nachgefragten Anlageobjekt geworden, was zu deutlich gestiegenen Preisen führte. Anfang Juni erreichte der Preis des Edelmetalls mit über 330 US-\$ pro Feinunze den höchsten Stand seit zweieinhalb Jahren, bevor er wieder auf Werte um 300 US-\$ zurückfiel. Die südafrikanische Bergbaukammer geht deshalb davon aus, dass die Golderzeugung ab 2002 wieder steigen wird und dies nicht nur durch die Erschließung neuer Minen, sondern auch, weil sich einige Bergbaukonzerne mit dem Gedanken tragen, bei einem dauerhaft über 325 US-\$ ansteigenden Goldpreis einige stillgelegte Schächte wieder in Betrieb zu nehmen. Auch bei Diamanten ist nach dem Einbruch zur Jahresmitte 2001 wieder eine steigende Nachfrage zu verzeichnen, so dass De Beers bereits eine Erhöhung seiner Abgabepreise um 3,5% angekündigt hat.

Die regionale Expansion ist zu einem weiteren wichtigen Standbein der wirtschaftlichen Entwicklung in der Kaprepublik geworden. Seit der Wiedereingliederung Südafrikas in die Weltwirtschaft nach 1994 haben immer mehr Unternehmen am Kap Afrika als ihr natürliches Hinterland entdeckt und dabei vor allem auch die Lücken im Visier gehabt, die der Westen wegen schwer zu kalkulierender Risiken nicht zu füllen bereit war. Neben dem traditionellen Engagement der südafrikanischen Bergbaukonzerne im übrigen Afrika gehören vor allem das Bankwesen, die Telekommunikation und der Handelssektor, aber auch die verarbeitende Industrie zu den bevorzugten Zielen südafrikanischer Investitionen im Rest des Kontinents und darüber hinaus. Südafrikas größte Bankengruppe ABSA will den Anteil ihres Afrika-Geschäfts in den nächsten fünf Jahren von 2 auf 10% steigern. Weitflächig vertreten ist schon heute die Standard Bank, die ihre Repräsentanzen in Afrika und ihr dortiges Dienstleistungsangebot weiter ausbauen will. Besonders stark ist die Kaprepublik seit einigen Jahren im kontinentalen Mobilfunkbereich präsent. Für den Energieversorger Eskom gilt noch immer – neben seinem Engagement in Ostafrika – der Bau einer Hochspannungsleitung vom Kongo bis nach Südafrika und der Aufbau eines Verbundnetzes im südlichen Afrika als wünschenswertes Großprojekt. Während Supermarktketten, Restaurantbetreiber und Hotelkonzerne bereits in vielen Ländern des Kontinents vertreten sind, sind die Engagements der verarbeitenden Industrie selektiver. Am eindrucksvollsten ist hier zweifelsohne die Entwicklung der South African Breweries (SAB), die in den vergangenen Jahren zunächst vor allem in Afrika expandierten, sich dann eine starke Präsenz in den osteuropäischen Märkten sowie in China und Indien aufbauten und jüngst schließlich durch die Übernahme der US-Brauerei Mil-

ler Brewing Company zum zweitgrößten Brauereikonzerne der Welt aufrückten. Andere Bereiche regionaler industrieller Expansion sind die Zementherstellung und Zuckerfabrikation.

Als Wermutstropfen bleiben intern die Folgen der Aids-Katastrophe und extern der langfristig nur schwer kalkulierbare Einfluss der simbabwischen Landpolitik und damit verbunden der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch des Nachbarlandes (s.u.). Nach einer Studie der Vereinten Nationen bewirkt die Aids-Epidemie in den afrikanischen Staaten südlich der Sahara eine Beeinträchtigung des dortigen Wirtschaftswachstums um 4% pro Jahr. Dies würde alle in den vergangenen Jahren erzielten wirtschaftlichen Fortschritte gerade auch in Südafrika wieder zunichte machen. Resistenter dürfte demgegenüber die Reaktion Südafrikas auf die Entwicklungen in Simbabwe sein, obwohl die Landfrage am Kap nicht weniger virulent ist wie bei seinem nördlichen Nachbarn.

### Namibia – ein kleines Land trotz pessimistischen Prognosen

Auch wenn Namibia nach der großen Aufmerksamkeit, die es in den Medien in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit (1990) fand, heute eher selten in der Presse Erwähnung findet – von seinem Reiz als exotisches Urlaubsziel abgesehen –, hat diese ehemals deutsche Kolonie in der Bundesrepublik nach wie vor einen besonderen Stellenwert. Mit nur 1,8 Mill. Einwohnern im Jahr 2000 und einer Wirtschaftsleistung, die nur knapp 3% des südafrikanischen BIP entspricht, gehört Namibia gewiss nicht zu den besonders einflussreichen Staaten Afrikas. Wie aber eingangs schon erwähnt, ist seine politische Wirkung größer, als es seiner wirtschaftlichen Bedeutung entspricht. Hält es den zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit versprochenen pragmatischen politischen Kurs? Ist es wirtschaftlich überlebensfähig, nachdem viele Experten seinerzeit von einer fast totalen Ausplünderung seiner Ressourcen während der südafrikanischen Mandatszeit ausgegangen waren? Beide Fragen können heute mit Ja beantwortet werden. Trotz einer überwältigenden Dreiviertelmehrheit der Regierungspartei Swapo im Parlament und einiger national wie international unpopulärer Entscheidungen des Staatspräsidenten Sam Nujoma hat es bis jetzt keine Entwicklungen gegeben, die sich mit den negativen Folgen afrikanischer Politik in anderen Ländern des Kontinents vergleichen lassen. Im Gegenteil: Vertreter des amerikanischen Repräsentantenhauses wie auch der Bundesregierung, die sich zum Jahresanfang 2002 in Namibia aufhielten, lobten einmütig das hohe Maß an Frieden und Stabilität, das Namibia nach wie vor auszeichnet. Auch wirtschaftlich hat es nicht den ursprünglich befürchteten Schrumpfungsprozess und Zusammenbruch der Staatsfinanzen gegeben, obwohl es hier durchaus Probleme gibt.

### Wirtschaftliche Erfolge und Probleme

Die jüngste Volkszählung im Jahr 2000 ergab für Namibia unter anderem ein durchschnittliches Bevölkerungswachstum von 2,6% pro Jahr im abgelaufenen Jahrzehnt. Das aber bedeutet, dass in dem kleinen Land in fast jedem Jahr seit der Unabhängigkeit (nur 1993 und 1997 ausgenommen) ein über dem Bevölkerungswachstum liegendes **Wirtschaftswachstum** erzielt werden konnte. Auch wenn die ehrgeizigen Ziele, die sich die namibische Regierung im 1. Nationalen Entwicklungsplan (1995–1999) gesetzt hatte, in den meisten Fällen nicht einmal annähernd erreicht werden konnten, gab es nie einen Zweifel an der Wahrung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Die ursprünglich gerade für den **Bergbau** besonders ungünstigen Prognosen wurden von einer ausgesprochen positiven Entwicklung widerlegt. Ganz besonders trifft dies für eine der Säulen der namibischen Wirtschaft, nämlich für die Diamanten, zu, deren reiche Vorkommen im küstennahen Seebett noch auf Jahre hinaus eine Produktion garantieren, die bis auf 2 Mill. Karat p.a. gesteigert werden soll. Dies wäre das Doppelte der Förderung vor Erlangung der Unabhängigkeit. Der Buntmetallbergbau hat zwar durch die stark rückläufige Förderung der Tsumeb-Mine einen deutlichen Einbruch erlitten, doch zeichnet sich durch das Großprojekt der Skorpion Zink Mine bei Rosh Pina im Süden wieder ein rosigeres Bild ab. Diese neue Mine, deren Betrieb Mitte 2003 aufgenommen werden soll, wird allein etwa 4% zum namibischen Sozialprodukt beitragen. Nicht erfüllt hat sich dagegen bis heute die seit Jahren diskutierte Erschließung des so genannten Kudu-Erdgasfeldes vor der Südküste, und trotz intensiver Prospektion ist es bis jetzt nur bei der Hoffnung geblieben,

vor der Küste einmal in Fortsetzung der angolanischen Felder Erdöllagerstätten zu entdecken.

Eine Erfolgsgeschichte besonderer Art erlebte nach Einführung der 200-Seemellen-Wirtschaftszone und einer in den ersten Jahren den Bestand schonenden Fangpolitik der zum Unabhängigkeitszeitpunkt danieder liegende Fischereisektor. Diese wichtige Ressource der namibischen Wirtschaft hatte sich schon nach wenigen Jahren wesentlich rascher erholt als erwartet, wobei allerdings aktuell aufgrund überhöhter Fangquoten Überfischung und Bestandsrückgang wieder zu einem Problem geworden sind. Während der **Agrarsektor** immer wieder unter seiner Abhängigkeit von den oft extremen Witterungsverhältnissen leidet, ist der **industrielle Entwicklungsstand** des Landes bis heute aus anderen Gründen unbefriedigend geblieben: Die übermächtige Konkurrenz Südafrikas, hohe Transportkosten als Folge der geographischen Randlage, der Mangel an notwendigen Rohstoffen und Energieträgern sowie der kleine lokale Markt blieben als Hindernisse unverändert. Das große Problem ist für Namibia nicht Kapitalmangel, sondern der Mangel an produktiven Investitionsmöglichkeiten. Der **Fremdenverkehr** hat demgegenüber im vergangenen Jahrzehnt einen Aufschwung genommen, wie er in diesem Umfang von niemandem erwartet worden war.

Ein gewisses Problem ist der **Staatshaushalt** geblieben, auch wenn sich hier die besonders düsteren Erwartungen zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit zum Glück nicht erfüllt haben. Die früheren Budgetzuschüsse Südafrikas konnten weitgehend durch Leistungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit kompensiert werden; es gelang aber nicht, das Jahr um Jahr zwischen 4 und 5% liegende Budgetdefizit auf ein Niveau deutlich unter 3% zu drücken. Das große Problem Namibias sind die ungewöhnlich hohen Personalausgaben des Staates, die zeitweise 50% der gesamten öffentlichen Ausgaben zu erreichen drohten. Trotz gegenteiliger Ankündigungen und Absichtserklärungen ist die Zahl der Staatsangestellten in den vergangenen Jahren unaufhörlich gestiegen. Auch wenn hier soziale Gründe ein wichtiger Beweggrund waren, hat dies Namibia heute weltweit zum Land mit der höchsten Zahl an Staatsangestellten auf die Bevölkerungszahl bezogen gemacht. Ein weiteres Problem ist die **Staatsverschuldung**, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit vor zwölf Jahren praktisch Null war (da Südafrika seinem Nachbarland später die aus der Zeit der Apartheid stammenden Schulden erließ), die aber jetzt schon auf 9 Mrd. N\$ bzw. 29% des BIP angestiegen ist (vgl. Tab. 5). Im internationalen Vergleich

Tab. 5

#### Namibia: Wichtige wirtschaftliche Eckdaten

Gegenstand	2002/03 <sup>a)</sup>	2001/02	2000/01	1999/2000	1998/99
BIP zu Marktpreisen (Mrd. N\$)	31,3	28,0	24,4	21,8	17,3
Wirtschaftswachstum (%)	3,0	4,8	3,0	3,8	3,5
Inflation (%)	10,0	7,5	9,4	8,6	6,2
Haushaltsdefizit (% BIP)	4,4	5,3	3,1	4,5	4,3
Staatsausgaben (% BIP)	34,5	38,0	35,9	36,5	40,0
Staatsverschuldung (Mrd. N\$)	9,1	6,5	5,6	4,8	4,4
Staatsverschuldung (% BIP)	29,0	22,4	22,8	22,2	23,0
Beschäftigte im öffentlichen Dienst (1 000)	75,3	81,8	74,8	70,9	67,2
Personalkosten (% der Staatsausgaben)	43,7	43,8	44,0	46,0	46,0
Anteil SACU an den Staatseinnahmen (%)	23,1	30,1	37,4	30,8	29,2

<sup>a)</sup> Planzahlen; Schätzung.

Quelle: Hanns-Seidel-Foundation Namibia: Zahlen und Fakten über Namibia, Ausgabe April 2002.

**Tab. 6**  
**Namibia: Einige Kennziffern zum Außenhandel**

Gegenstand	2001	2000	1999	1998	1997
Exporte in % des BIP	•	49,9	46,8	45,8	47,4
Importe in % des BIP	•	52,8	58,4	57,7	57,4
Terms of Trade (1995 = 100)	•	129,1	115,0	115,7	111,2
Wechselkursentwicklung (N\$ je DM)	5,0	3,6	3,3	3,04	2,66

Quelle: Hanns-Seidel-Foundation Namibia: Zahlen und Fakten über Namibia, Ausgabe April 2002.

Ist dies zwar immer noch eine niedrige Quote; Sorge bereitet aber der seit Jahren zu beobachtende Trend. Desgleichen wird kritisiert, dass immer noch kein schlüssiges Konzept für den Ausgleich der bereits sichtbaren Einnahmeverluste aus der Zollunion SACU (als Folge des Freihandelsabkommens Südafrikas mit der EU) erkennbar ist. Eine weitere strukturelle Schwäche ist die hohe Abhängigkeit des Landes vom Außenhandel (vgl. Tab. 6). Die Aus- und Einfuhren übertreffen zusammengenommen das Sozialprodukt des Landes. Dadurch wirkt sich die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt immer besonders stark auf die nationale Wirtschaft aus – aktuell allerdings in positiver Weise, wie sich aus der Entwicklung der Terms of Trade ablesen lässt.

Unverändert schwer ist für Namibia die Last der sozialen Hypothek geblieben, obwohl seit der Unabhängigkeit stets mehr als 40% der Staatsausgaben für die Bereiche Erziehung, Gesundheit und Soziales ausgegeben wurden. Von den Zielen wie auch vom Volumen her kann das Engagement der namibischen Regierung im sozialen Bereich als beispielhaft gelten – und dennoch bescheinigt der jährliche UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung dem Land immer wieder, weltweit die größten und teilweise sogar noch wachsenden Diskrepanzen in Bezug auf Einkommen und Vermögen aufzuweisen. Hinzu kommt, dass auch hier Aids – obwohl zum Unabhängigkeitszeitpunkt im Land noch praktisch unbekannt – inzwischen zur Todesursache Nr. 1 geworden ist. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung werden auf 60% geschätzt. Ohne in diesem Zusammenhang auf weitere Einzelheiten eingehen zu wollen, überfordern die gesellschaftlichen Disparitäten im Land ganz offensichtlich die Möglichkeiten der Regierung, diese in einem überschaubaren Zeitraum wenn nicht zu überwinden, so doch zumindest spürbar zu verringern. Vor diesem Hintergrund wird deshalb eine Frage besonders virulent: Wie reagiert Namibia auf die aktuelle Landpolitik in Simbabwe?

### Bislang magerer Bilanz der Landumverteilung

Grundsätzlich lässt sich festhalten: Trotz der bekannten freundschaftlichen Beziehungen von Präsident Nujoma zu seinem Kollegen Mugabe in Simbabwe findet dessen Poli-

tik in Namibia keine Freunde. Die weißen Farmer Namibias können noch als weitgehend geschützt gelten und dies vor allem aus zwei Gründen: Zum einen verfolgt die Regierung in Windhoek durchaus kritisch nicht nur den Niedergang so mancher Farm, die in Simbabwe bereits an schwarze Siedler übergeben wurde, sondern auch den damit verbundenen Absturz der gesamten Wirtschaft und der Bevölkerung in Arbeitslosigkeit und Elend. Niemand will ein solches Szenario in Namibia. Zum anderen liegt das »weiße«

Farmland Namibias praktisch ausschließlich in den traditionellen Siedlungsgebieten der Namas, Damaras und Hereros, die zu einem guten Teil nicht zum Wählerpotential der Regierungspartei Swapo gehören. Eine Rückgabe von Land aber könnte historisch gesehen nur an diese Volksgruppen erfolgen und nicht an die Ovambos, die von der Regierung gerne bevorzugt werden.

Die Bilanz der bislang erfolgten Umsiedlungen ist zweifellos mager. Bis gegen Ende 2001 hatte die Regierung nur 105 Farmen mit einer Fläche von insgesamt 600 000 ha im Rahmen des Umsiedlungsprogramms aufgekauft und dort 29 800 Menschen neu angesiedelt. Dennoch will Windhoek grundsätzlich am Prinzip »willing seller – willing buyer« festhalten. Nur wenn diese Politik langfristig nicht zum Erfolg führt, müsse man sich – so heißt es – weitergehende Maßnahmen überlegen. Zudem glaubt man, dass die vor kurzem eingeführte Landsteuer das Verkaufsangebot an Farmen zu vernünftigen Preisen erhöhen wird. Nicht zuletzt schließlich spekuliert man auf zusätzliche internationale Finanzhilfe – eine berechtigte Hoffnung, wie sich nach den deutsch-namibischen Regierungsverhandlungen von Ende Oktober 2001 zeigte, denn von den 23,5 Mill. € Fördermitteln, die Deutschland für 2001 und 2002 zur Verfügung stellte, sind allein 5 Mill. € für die Finanzierung der Landreform vorgesehen.

Trotz aller Probleme und unwägbarer Einflüsse von außen vermittelt das aktuelle Bild Namibias damit deutlich mehr Licht als Schatten. Ähnlich katastrophale politische Fehlentscheidungen wie in Simbabwe, auf die im Folgenden ausführlicher eingegangen wird, sind in Namibia nicht zu erwarten.

### Simbabwe – ein ressourcenreiches Land am Abgrund

Selbst in der an Depotismus reichen Geschichte Schwarzafrikas ist der politische Amoklauf von Präsident Mugabe bislang ohne Beispiel. Mugabes Politik war seit Jahren allein auf das Ziel ausgerichtet, die Präsidentschaftswahlen im März d.J. noch einmal zu gewinnen. Sein Verständnis von

Politik verengte sich auf das einzige Ziel des Machterhalts. Der sich dabei im Rahmen zunehmender Rechtlosigkeit abspielende wirtschaftliche und politische Niedergang seines Landes konnte schließlich nicht einmal mehr vordergründig mit der ungelösten Landfrage in Zusammenhang gebracht werden. Während auf der einen Seite die Repression gegen die Anhänger des oppositionellen Movement for Democratic Change (MDC) immer blutigere und zerstörerische Ausmaße annahm, legalisierten auf der anderen Seite neue Gesetze bereits begangene kriminelle Handlungen. Ein neues Mediengesetz machte jede kritische Berichterstattung unmöglich, und nach dem neuen Landenteignungsgesetz können jetzt Tausende von landwirtschaftlichen Betrieben ohne Entschädigung und ohne Einspruchsmöglichkeit vor Gericht konfisziert und die weißen Farmer von ihrem Besitz vertrieben werden. Das von den Schlägerbanden Mugabes angerichtete Chaos trifft aber keineswegs nur die Weißen; das wesentlich größere Leid widerfährt den schwarzen Simbabwern selbst. Immer häufiger muss man sich die Frage stellen, wann das Ende ihrer Leidensfähigkeit und der Tiefpunkt des wirtschaftlichen Niedergangs erreicht ist.

### Mugabes Wiederwahl: Eine Farce

Die Präsidentschaftswahl im März in Simbabwe war von so vielfältigen Manipulationen begleitet, dass diese selbst im hier nicht gerade mustergültigen Afrika als sehr auffällig gelten können. Es ist nicht daran gedacht, auf die Begleitumstände der Wahl hier im einzelnen einzugehen. Wäre sie frei und fair verlaufen, hätte Mugabes Gegenkandidat, der MDC-Chef Morgan Tsvangirai, mit etwa zwei Dritteln der Stimmen rechnen können. So aber wurde der amtierende Präsident offiziell mit knapp 1,68 Mill. Stimmen (56%) zum Wahlsieger erklärt, während sein Herausforderer 1,26 Mill. Stimmen (42%) erhielt. Damit war der greise Mugabe für eine weitere Amtszeit von sechs Jahren wiedergewählt. An seiner Vereidigung am 17. März in Harare nahmen mehrere afrikanische Staatsoberhäupter teil; von der EU und den USA jedoch waren keine Vertreter anwesend.

Die Reaktionen auf Mugabes Wiederwahl waren geteilt. Der Westen distanzierte sich deutlich. Weltbank und IWF lehnten erneute Bitten Harares um dringende Finanzhilfen ab. Die USA und die EU erkannten das Wahlergebnis nicht an und kündigten eine Verschärfung der von ihnen bereits verhängten selektiven Sanktionen an. Dänemark schloss seine Botschaft und stellte seine bilaterale Hilfe ein; Deutschland überlegt ähnliche Schritte. Überraschend und unerwartet aber war, dass selbst das von Drittwellstaaten dominierte Commonwealth Simbabwe für zunächst ein Jahr aus dem Staatenbund ausschloss. Mugabe selbst jedoch zeigte sich von alledem unbeeindruckt, zumal die meisten afrikanischen Staaten seine Wiederwahl ausdrücklich be-

grüßt und einige sich sogar dazu verstiegen hatten, den Ablauf der Wahl als »frei und fair« zu bezeichnen.

### Von der Massenenteignung in die wirtschaftliche Katastrophe

Mugabe war wiedergewählt, sein Ziel also erreicht. War damit endlich der Weg zu politischer Entspannung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage frei? Alle diesbezüglichen Hoffnungen zerschlugen sich. Die illegalen Farmbesetzungen und Racheakte regierungsnaher Banden gingen unvermindert weiter. Mitte Juni verfügte ein weiteres Gesetz, dass vom gleichen Tage an zwei Drittel der weißen Farmer ihre Ländereien nicht mehr bearbeiten dürfen und innerhalb von 45 Tagen ihre Höfe verlassen müssen. Mit dieser Maßnahme verlieren nicht nur mehr als 3000 weiße Farmer ihre Existenz, sondern es werden auch weitere 200 000 schwarze Farmangestellte keine Arbeit mehr haben. Angaben eines simbabwischen Wirtschaftsexperten zufolge haben die Enteignungen einen Wert von etwa 18 Mrd. US-\$ – dies entspricht dem Dreifachen des simbabwischen BIP und ist mehr als das, was der gesamte afrikanische Kontinent im vergangenen Jahr an westlicher Auslandshilfe (14,6 Mrd. US-\$) erhielt. 83% der jetzt enteigneten Farmer hatten ihre Höfe erst nach der Unabhängigkeit des Landes (1980) gekauft und waren seinerzeit dazu noch von der Regierung Mugabe ermutigt worden. Heute wird ihnen dies ohne anerkannte rechtliche Grundlage genommen: 8,5 Mill. Hektar Land; 1,5 Mill. Rinder; 12 000 Häuser; 350 000 Häuser für die Farmarbeiter; 37 000 Tabakscheunen; 2 800 kleine Staudämme; 20 000 Traktoren und Tausende anderer Maschinen, Fahrzeuge und Bewässerungsanlagen.

Die wirtschaftlichen Folgen der illegalen Farmbesetzungen und schließlich der Landenteignung sind so katastrophal, dass ihr Endergebnis wohl immer noch nicht abzusehen ist. Im laufenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung des Landes das vierte Jahr hintereinander schrumpfen. Nach einem Rückgang von 5,5% im Jahr 2000 und 10% in 2001 wird für 2002 mit einer mindestens ähnlichen Größenordnung gerechnet. Die Inflation, die 1997 noch bei »nur« 19% lag, erreichte zum Jahresanfang 2002 117% und soll sich derzeit der 200%-Marke nähern. Das BIP pro Kopf ist weit unter den Wert zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit vor über 20 Jahren gesunken. Mehr als zwei Drittel aller Simbabwern sind formal arbeitslos. Die Produktion der verarbeitenden Industrie liegt um 40% unter dem Niveau von vor einem Jahrzehnt.

Unmittelbare Folge dieser Entwicklung ist eine so akute Nahrungsmittelkrise, dass Mugabe selbst sein Land zum Katastrophengebiet erklären musste. Selbst Libyen, das einige der enteigneten Ländereien zugesprochen erhielt, ist jetzt aufgrund unbezahlter Rechnungen nicht mehr bereit, Simbabwe mit Erdöl zu beliefern. Nur die südafrikanischen Öl-

und Stromlieferungen durch Sasol und Eskom – abgesichert durch eine Zahlungsgarantie der südafrikanischen Regierung – halten noch ein Minimum an wirtschaftlicher Aktivität aufrecht. Die Haltung Südafrikas war gegenüber Simbabwe immer – und dies zum Unverständnis des Westens – sehr zurückhaltend. Ein Grund für diese Zurückhaltung war, dass ein vollständiger wirtschaftlicher Zusammenbruch des nördlichen Nachbarn auch das eigene Land nicht unerheblich treffen würde, denn Simbabwe ist seit Jahren der mit großem Abstand bedeutendste Handelspartner Südafrikas auf dem afrikanischen Kontinent mit einem zumindest bis vor kurzem noch erheblich positiven Saldo zugunsten der Kaprepublik gewesen. Ob diese Politik Pretorias aber der Bevölkerung Simbawwes und mittelfristig auch den eigenen Interessen dienlich war, mag zunächst dahingestellt bleiben.

Simbawwes Eigenbedarf am Grundnahrungsmittel Mais liegt bei jährlich etwa 2 Mill. t. Im laufenden Jahr wird die Ernte aber maximal nur bei etwa 600 000 t liegen, so dass Schätzungen zufolge bis zu 8 der 13 Mill. Einwohner des Landes auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind. Für das kommende Jahr sind die Perspektiven eher noch schlechter, denn das von der Regierung Mugabe verfügte Arbeitsverbot wird dann, sofern es auch durchgesetzt wird, noch massiver als jetzt schon die Bereiche Tabak (dessen Ernte bereits von 260 Mill. kg in 1998 auf 85 Mill. kg im laufenden Jahr zurückgegangen ist), Weizen und die Viehwirtschaft treffen. Die Wirtschaftsleistung des einstigen schwarzafrikanischen Musterlandes ist bereits hinter derjenigen von Tansania zurückgefallen. Das wirtschaftliche Gleichgewicht ist vollständig aus den Fugen geraten und niemand weiß, welche Prüfungen diesem Land noch bevorstehen.

### Nepad vor dem Hintergrund der Ereignisse in Simbabwe

Die wirtschaftlichen Folgen und die menschliche Tragödie der simbabweischen Politik sind letztlich nur die eine Seite der Medaille. Möglicherweise viel schwerwiegender ist die von diesem Diebstahl ohne Beispiel ausgehende negative Signalwirkung auf das übrige Afrika und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, in dem das neue Aufbauprogramm für Afrika Nepad (New Partnership for Africa's Development) auf dem G-8-Gipfel in Kanada Ende Juni die Weichen für eine Art Marshallplan des Westens zur Entwicklung des Kontinents stellen sollte. Bis heute hat nicht eine einzige afrikanische Regierung diesen Massendiebstahl von Privateigentum verurteilt. Wenn dies aber kommentarlos hingenommen wird: Wer garantiert, dass dies nicht auch mit anderen Investitionen in anderen Ländern geschehen kann?

Die Entwicklungsinitiative Nepad war in den letzten Jahren schon mehrfach – insbesondere von ihren Initiatoren, den

Präsidenten Südafrikas (Thabo Mbeki), Nigerias (Olusegun Obasanjo) und Senegals (Abdoulaye Wade) – in die öffentliche Diskussion eingebracht worden. Nepad soll dem gebeutelten Kontinent zu einem nachhaltigen Aufbruch verhelfen, indem westliche Länder sich verpflichten, jährlich über 60 Mrd. US-\$ auf dem Kontinent zu investieren. Zwar sind sich die Initiatoren des Programms bewusst, dass sich als unabdingbare Voraussetzung vor allem auch Afrika selbst verändern muss: Demokratische Verhältnisse; die Beachtung der Menschenrechte; gute und verantwortungsvolle Regierungsführung und die Schaffung von Wirtschaftssystemen, die eine positive Umsetzung der Hilfeleistungen und Investitionen des Westens fördern. Afrika wolle nicht Hilfe, so wird betont, sondern Partnerschaft bei der Entwicklung von Infrastruktur, Energieversorgung, Landwirtschaft, Bildung, Gesundheitswesen und für den Aufbau exportorientierter Wirtschaftszweige. Es werden aber auch die notwendigen Änderungen selbstverschuldeter Mängel hervorgehoben: Rechenschaftspflicht der politischen Führungen; substantielle Veränderung von Mentalität und Arbeitsweise der Staatsangestellten; Abbau der Bürokratie; Bekämpfung von Korruption, Missmanagement und Mittelverschwendung; Akzeptanz einer politischen Opposition; Stärkung der Privatwirtschaft; Entwicklung des Finanzsektors und der Abbau von Zoll- und Handelsbarrieren.

In Zukunft soll jährlich neu analysiert werden, wer in welchem Maße die neuen Maßstäbe in die Tat umsetzt. Noch gibt es aber keinen Zwangsmechanismus, der das bisher in Afrika geltende Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ablöst. Die Industrieländer haben in Kanada grundsätzlich ihre Unterstützung der Nepad-Initiative zugesagt. Von der bereits im mexikanischen Monterrey Anfang 2002 beschlossenen Erhöhung der Entwicklungshilfe um 12 Mrd. US-\$ jährlich soll alleine die Hälfte nach Afrika fließen – dies allerdings nur in Staaten, die sich mit Erfolg um demokratische Reformen bemühen. Die Entschuldung der ärmsten Drittweltländer (die sich zum größten Teil in Afrika befinden) soll um eine Milliarde Dollar aufgestockt werden. Deutschland will sich ausdrücklich und verstärkt bei der Vorbeugung gewaltsamer Konflikte auf dem Kontinent engagieren. Zurückhaltender als erwartet waren die Industrieländer jedoch bei der Öffnung ihrer Märkte – vor allem ihrer Agrarmärkte – den Produkten aus der Dritten Welt gegenüber und es gab auch keine neuen großzügigen Zusagen an Finanzhilfen. Nicht zuletzt schließlich fordern sie angesichts der Ereignisse in Simbabwe und anderswo eine Festlegung auf konkrete Reformmaßnahmen und einen verbindlichen Mechanismus, wie diese eingefordert werden können. Bis sich private Investoren bereit zeigen, auch nur annähernd im gewünschten Umfang auf dem Kontinent zu investieren, wird es deshalb vor allem auf Afrika selbst und seine Fähigkeit ankommen, fest verankerte demokratische Strukturen und Verhaltensweisen kontinentweit durchzusetzen.

Begleitet wird das Wirtschaftskonzept Nepad von einer politischen Neuordnung des Kontinents. Anfang Juli fand in Durban (Südafrika) die Gründungsveranstaltung der Afrikanischen Union (AU) als neuer institutioneller Rahmen aller 53 afrikanischen Staaten statt. Die AU löst die 1963 als panafrikanische Antwort auf die Entkolonialisierung gegründete Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ab, die nur unzureichend die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen konnte. Ob es der nach dem Vorbild der EU gegründeten AU gelingen wird, ihre ehrgeizigen Ziele – darunter vor allem die Demokratisierung des Kontinents – zu erreichen, ist aus heutiger Sicht eher zweifelhaft. Die Afrikanische Union erscheint derzeit eher als der institutionelle Mythos einer panafrikanischen Solidargemeinschaft.